

HH-Rede der AfD-Fraktion im Kreistag gehalten am 07.11.2025 von Michael Weller (es gilt das gesprochene Wort)

**Sehr geehrter Herr Landrat Möller,
sehr geehrter Herr Kreiskämmerer Haas,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Kreisinstitutionen,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,**

häufig wird uns in der Politik erzählt, das alles sei so wahnsinnig kompliziert. Doch ich glaube vieles wäre ganz einfach, wenn wir uns an ein paar wichtige Grundregeln und Tugenden zurückerinnern würden. Eine davon, das, was man verspricht, muss man auch halten.

Die Politik hat uns versprochen, es gehen wöchentlich die Flüge nach Afghanistan und jetzt gehen zwar die Flüge, aber genau in die entgegengesetzte Richtung.

Die Politik hat uns versprochen, wir gehen mit dem Geld der Steuerzahler anständig um, jetzt fließen wieder hunderte von Millionen an die NGO`s und Politiker leisten sich auf Steuerzahlerkosten Fotografen und Make-Up Dienstleistungen für hunderttausende Euros pro Jahr.

"Keine neuen Schulden", dies war das wohl größte Wahlversprechen von Friedrich Merz vor seinem Amtsantritt. Was kurz darauf folgte ist bekannt, die größte Einzelneuerschuldung in der Geschichte der BRD.

Wir fragen uns: Wo sind diese Gelder eigentlich geblieben?

Der Landkreis erhält nach bisherigem Kenntnisstand einen Anteil in mittlerer einstelliger Millionenhöhe - Ein Tropfen auf den heißen Stein und nicht mal genügend, um die bestehende Zahlungsverpflichtung des Bundes beim Klinikdefizit auch nur annähernd auszugleichen.

Sehr geehrter Herr Landrat Möller,

im Gegensatz zu unserem Bundeskanzler haben Sie sich an Ihr Wort "alles muss auf den Prüfstand" gehalten. Dafür bedanke ich mich im Namen meiner Fraktion bei Ihnen und der Kreisverwaltung.

Eine Konsolidierungsliste mit insgesamt 181 Einzelmaßnahmen, mit in der Summe knapp 22 Mio. Euro Einsparpotential wurde uns vorgelegt.

Davon 88 Maßnahmen, mit einem Volumen von ca. 15 Mio. Euro, welche die Verwaltung als Sparmaßnahmen vorschlägt.

Dies wäre eigentlich gar nicht notwendig, wenn der Bund seiner Zahlungsverpflichtung beim Klinikthema die letzten Jahre nachgekommen wäre.

Dann bräuchte es keine Einsparungen und auch keine Erhöhung der Kreisumlage.

Alle Versuche und Gespräche waren ohne Erfolg, daher beantragen wir nun als letzte Möglichkeit, die Klage gegen den Bund einzureichen.

Des Weiteren werden die Landkreise und Kommunen mit immer mehr Pflichtaufgaben, die nicht auskömmlich finanziert werden, belastet.

- " Gesetzlicher Anspruch auf Ganztagesbetreuung
- " Gesetzlicher Anspruch auf einen Barrierefreien ZOB
- " Gesetzlicher Anspruch auf einen Lärmaktionsplan bei der Stadt Göppingen, der die Buslinien verzögert und den ohnehin schon teuren ÖPNV, noch weiter verteuert.

Der Bund und das Land fordern, wir erhalten die Rechnungen.

Wirtschaft

Deutschland als Investitionsstandort hat in den letzten Jahren nahezu alles verloren was Attraktivität für Investoren und Firmengründer anbelangt.

- " Steigende Bürokratie**
- " fehlende Rechtssicherheit und Durchsetzbarkeit von Rechten**
- " lange Baugenehmigungsverfahren und eine der höchsten Steuern in der ganzen Welt.**
- " Wer möchte hier noch investieren fragen wir uns?**

Audi, Bosch, Porsche und ZF bauen massiv Stellen ab und verlagern ihre Standorte ins Ausland, wo die Energie günstig und die Rahmenbedingungen insgesamt einfach viel attraktiver sind. Weiterhin ist das Bürgergeld zu attraktiv für viele, die es sich in der sozialen Hängematte bequem machen.

Wir sind der Kreisverwaltung dankbar für die Einsparvorschläge, aber es gibt einige Punkte, die wir nicht mittragen können.

Wichtig ist, dass wenn wir sparen, wir die Nachhaltigkeit der Einsparpotentiale im Blick haben, aber dennoch gibt es ein Potential, das so enorm hoch ist, dass hier eine einmalige Maßnahme auf einen Schlag 30-40 Mio. Euro sparen könnte. Daher hoffen wir darauf, dass unser Antrag zur Nachnutzung des Bestandsgebäudes AfK Zustimmung erhält und wir endlich einen Projektlenkungsausschuss gründen, der sich zeitnah mit dem Thema auseinandersetzt.

Über eine Maßnahme auf der Konsolidierungsliste waren wir sehr irritiert. Ein weiterer Enforcement-Trailer soll zur Verbesserung des Haushalts beitragen. Wir sind der Ansicht, Geschwindigkeitsüberwachung ja, aber nicht mit dem Ziel "Haushaltskonsolidierung" und der Maßgabe den Kreishaushalt zu stabilisieren.

Soziales - Familientreffs

Ein Markenzeichen des Landkreis Göppingen war über viele Jahre die hohe Qualität der Leistungen im Sozialbereich. Viele Strukturen wurden über die Jahre geschaffen, die die Verwaltung nun abschaffen möchte.

Die Familientreffs im Landkreis Göppingen werden pro Jahr von über 20.000 Nutzern in Anspruch genommen und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Unterstützung von Familien, Alleinerziehenden und Kindern. Sie sind Anlaufstellen für Beratung, Begegnung und Austausch.

Wenn wir diese Strukturen, die über viele Jahre aufgebaut wurden, zerschlagen, kommen diese vermutlich in dieser Form nie wieder.

Die Familientreffs tragen maßgeblich dazu bei, präventiv zu wirken und Familien frühzeitig zu unterstützen - bevor Probleme entstehen oder sich verfestigen. Sie sind daher nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll, da sie Folgekosten in der Jugendhilfe und Sozialarbeit vermeiden.

Wir beantragen daher alle 12 Familientreffs im Landkreis zu erhalten. Als Gegenfinanzierung fordern wir Einsparmaßnahmen, vorrangig im Bereich Klimaschutz.

Soziales - Offene Jugendarbeit

Auch im Bereich der offenen Jugendarbeit plant die Kreisverwaltung Einsparungen.

Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein zentraler Bestandteil der kommunalen Jugendhilfe im Landkreis Göppingen. Sie bietet jungen Menschen verlässliche Anlaufstellen außerhalb von Schule und Familie, fördert soziales Miteinander, Eigenverantwortung und Integration und trägt wesentlich zur Prävention von sozialen Problemen und Konflikten bei.

Daher fordern wir, keine vollständige Einstellung, sondern lediglich eine Reduzierung der Zuschüsse um 50%, um die Strukturen nicht vollständig und vielleicht unwiederbringlich kaputt zu machen.

Soziales - Förderung Kreisjugendring

Die Arbeit des Kreisjugendrings ist zweifellos ein wichtiger Bestandteil der Kinder- und Jugendarbeit in unserem Landkreis. Dabei muss jedoch sichergestellt sein, dass die Betreuung und Förderung von jungen Menschen ideologiefrei erfolgt. Kinderbetreuung darf nicht als Vehikel für politische Weltanschauungen - gleich welcher Richtung - missbraucht werden. Es geht um Bildung, Fürsorge und Wertevermittlung, die auf unserem Grundgesetz basieren und nicht um die Verbreitung linker oder anderer ideologischer Konzepte.

Sie trägt entscheidend dazu bei, junge Menschen in ihrer Eigenverantwortung, Gemeinschaftsfähigkeit und Heimatverbundenheit zu stärken.

Daher stellen wir den Antrag, die Förderung der Richtlinie Kreisjugendring in voller Höhe fortzuführen.

Chat GPT-Ersatzprogramm

Soziale Investitionen sind unerlässlich, um jeden mitzunehmen und denen eine Chance zu geben, die nie eine hatten.

Aber dennoch wird es nicht mehr möglich sein, uns einen Sozialhaushalt mit einem Volumen von knapp 170 Mio. Euro zu leisten. Daher müssen wir uns Gedanken machen, wie wir durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz bestimmte Angebote auffangen und optimieren können.

Wir stellen daher den Antrag der Implementierung eines "ChatGPT Ersatzprogramms" für die Verwaltung, um die Arbeit für die Verwaltung und Kreisräte effizienter zu machen. Wir haben im Landkreis mit HIVE mittlerweile genügend Expertise, die uns hier zur Verfügung steht und auch beim Ausbau der digitalen Infrastruktur, die dafür dringend notwendig ist geht es voran.

Infrastruktur

Beim Glasfaserausbau im Landkreis sind wir mittlerweile über dem Bundesdurchschnitt, hier dürfen wir nicht nachlassen.

Zur Infrastruktur des Landkreises gehört auch, dass wir endlich Fortschritte beim Thema A8 Alaufstieg und beim B10 Weiterbau sehen. Es ist in keinster Weise vermittelbar, dass wir seit mehr als 20 Jahren am Planfeststellungsverfahren für den A8 Alaufstieg herumbasteln. Nun ist der Beschluss da und wir hoffen, dass die Finanzierung für das Projekt auch wie angekündigt gesichert ist. Hier muss es endlich vorwärts gehen!

Gesundheitsversorgung

Nun zum Thema Gesundheitsversorgung.

**Während die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) zahlreiche Notfallpraxen in Baden-Württemberg schließt, tut sie dies, ohne bei ihren Entscheidungen die Landkreise, Städte und Gemeinden oder die Krankenhäuser und den Rettungsdienst als Mitverantwortliche in der medizinischen Notfallversorgung zu-
vor beteiligt zu haben. Was hier als "Strukturreform" verkauft wird, ist in Wahrheit ein weiterer Schritt in Richtung medizinischer Unterversorgung abseits der Ballungszentren.**

Tourismusförderung

Ein wichtiger Bestandteil der Struktur des Landkreises ist die Tourismusförderung. Wir sind froh, dass diese nicht gestrichen werden soll, denn Tourismusförderung ist gleich Wirtschaftsförderung.

Was die ESA die letzten Jahre für den Landkreis geleistet hat, verdient allen Respekt und die Entwicklung bei den Übernachtungsgastzahlen zeigen, dass der Landkreis auch für Touristen von außerhalb ein beliebtes Ausflugsziel darstellt.

Parkgebühren BSZ

Auch wenn wir sparen müssen, halten wir es nicht für richtig am BSZ-Parkgebühren einzuführen. Das Argument, es gäbe ja an den anderen Kreisinstitutionen ebenfalls Parkgebühren halten wir für nicht richtig. Die Schüler am BSZ verfügen in der Regel über kein Einkommen, aus dem sie die Parkgebühren finanzieren können.

Müll

Nun zum "Streitpunkt" Abfallgebühren. Jedes Jahr sollen wir die Abfallgebühren erhöhen, mit der Folge, dass wir wöchentlich Meldungen von illegalen Müllablagerungen im ganzen Kreisgebiet erhalten. Wir bitten dringend hier eine Lösung in Zusammenarbeit mit der Stadt Göppingen und den Kommunen zu finden - die Situation ist unerträglich!

Klima

"Klimaneutral bis 2040" ein Ziel, das aus unserer Sicht unrealistisch erscheint und keinerlei Veränderung in Bezug auf das Weltklima herbeiführt. Daher beantragen wir folgende Punkte zu Gunsten der Familientreffs im Landkreis zu streichen.

- " Integrierter Klimaschutz für 260.000 Euro**
- " Stelle Klimaanpassungsmanagement - 200.000 Euro**
- " Stelle Klimaneutrale Verwaltung - 30.000 Euro**
- " Integrierter Klimaschutz - nochmal 30.000 Euro**

Zusätzlich noch der Antrag die Beteiligung am Bundesprogramm "Demokratie Leben" zu streichen, nochmal 15.000 Euro, macht dann insgesamt knapp 500.000 Euro Einsparpotential.

Demokratie Leben

Programme wie ‚Demokratie leben!‘ und die ihnen angeschlossenen Organisationen geben vor, die demokratische Bildung zu fördern. Aus unserer Sicht handelt es sich dabei jedoch vielfach um politisch einseitig ausgerichtete NGOs, die unter dem Deckmantel der Demokratieförderung linke Ideologien verbreiten. Eine freie Meinungsbildung wird dadurch nicht gestärkt, sondern gezielt beeinflusst. Wir setzen uns dafür ein, dass politische Bildung pluralistisch, ideologiefrei und im Sinne unseres Grundgesetzes erfolgt.

Asyl

Integration funktioniert nur, wenn auch der Wille der Betroffenen zur Integration vorhanden ist und das System, in welches die Personen integriert werden sollen, die Grundlagen dafür schafft.

Wir können nicht nachvollziehen, dass Objektschutzmaßnahmen in Flüchtlingsunterkünften den Landkreis pro Jahr über 5 Mio Euro kosten, auch wenn diese vom Land irgendwann zurückerstattet werden. Wir beantragen eine Neubewertung der Situation. Der Objektschutz muss auf Grundlage der vorliegenden Fallzahlen reduziert werden.

ÖPNV

Der Zuschussbedarf in den ÖPNV hat sich innerhalb von 10 Jahren verzehnfacht. Die Standards hier werden höher und die Taktungen schneller. Wir unterstützen den Ausbau des ÖPNV und den VVS-Beitritt nach wie vor, müssen uns aber auch die Frage stellen, wie viel können wir uns hier noch leisten?

Auch vor dem Hintergrund, dass der geplante Neubau des ZOB in Göppingen vielleicht doch nicht so zeitnah umgesetzt werden kann wie ursprünglich geplant, mit Verweis auf die Stimmen im Göppinger Gemeinderat bei den jüngsten Haushaltsberatungen.

Dennoch sind wir gespannt auf die Umsetzung des Nahverkehrsplans in den nächsten Jahren und wünschen Ihnen, Herr Wienecke weiterhin viel Erfolg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

so lange Deutschland Geld hat, für Entwicklungshilfe in Indien, den Aufbau des Gazastreifen oder Milliarden für Waffen in der Ukraine sind wir nicht bereit bei für uns wichtigen sozialen Projekten zu streichen, explizit möchte ich hier nochmal die Familientreffs erwähnen.

zum Abschluss meiner Rede bedanke ich mich ganz herzlich bei Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen eine gute und vor allen Dingen sachliche Beratung.

Ich danke Ihnen.

HH-Antrag Nr. 1 Vollständiger Erhalt der Familientreffs (Lfd. Nr. 6)

Antrag:

Wir beantragen den vollständigen Erhalt aller 12 Familientreffs im Landkreis. Als Maßnahme zur Gegenfinanzierung fordern wir die vollständige Streichung der Folgenden Positionen:

Lfd. Nr. 95 „Integrierter Klimaschutz“ beim Landkreis GP (ca. 260.000 Euro),

Lfd. Nr. 98 „Stelle Klimaanpassungsmanagement“ (ca. 200.000 Euro)

Lfd. Nr. 123 „Stelle Klimaneutrale Verwaltung“ (ca. 30.000 Euro)

Lfd. Nr. 126 „Integrierter Klimaschutz“ (ca. 30.000 Euro)

Lfd. Nr. 136 „Demokratie Leben“ (15.000 Euro)

Lfd. Nr. 137 „Sprachbegleiter“ Bereich Flüchtlinge (15.000 Euro)

Begründung:

Die Familientreffs im Landkreis Göttingen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Unterstützung von Familien, Alleinerziehenden und Kindern. Sie sind niedrigschwellige Anlaufstellen, die Beratung, Begegnung, Austausch und frühzeitige Hilfsangebote miteinander verbinden. Durch ihre wohnortnahe Struktur schaffen sie Vertrauen und erreichen auch Familien, die andere Formen der Unterstützung möglicherweise nicht in Anspruch nehmen würden. Die Familientreffs werden pro Jahr von über 20.000 Bürgern im Landkreis in Anspruch genommen.

Die geplante Schließung aller zwölf Familientreffs würde einen erheblichen Einschnitt in die familienfreundliche Infrastruktur des Landkreises bedeuten. Viele Familien, insbesondere in sozial schwächeren oder ländlichen Regionen, wären damit ohne wohnortnahe Anlaufstellen für Fragen der Erziehung, Bildung und Alltagsbewältigung. Die Folge wäre eine Verschärfung sozialer Ungleichheiten und ein höherer Bedarf an späteren, kostenintensiveren Hilfemaßnahmen.

Die Familientreffs tragen maßgeblich dazu bei, präventiv zu wirken und Familien frühzeitig zu unterstützen – bevor Probleme entstehen oder sich verfestigen. Sie sind daher nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll, da sie Folgekosten in der Jugendhilfe und Sozialarbeit vermeiden.

Angesichts dieser Bedeutung ist der vollständige Erhalt aller zwölf Familientreffs im Landkreis Göttingen dringend geboten. Der Landkreis sollte seiner Verantwortung gegenüber Familien und Kindern gerecht werden und die dafür notwendigen Haushaltsmittel bereitstellen.

Die AfD-Kreistagsfraktion spricht sich daher nachdrücklich für den Fortbestand sämtlicher Familientreffs aus, um das bestehende Netz der Familienförderung und sozialen Unterstützung im Landkreis zu sichern und zu stärken.

04.November 2025

AfD Kreistagsfraktion Göttingen

HH-Antrag Nr. 2 - Offene Kinder und Jugendarbeit (Lfd. Nr. 8)

Antrag:

Lfd. Nr.8: Offene Kinder und Jugendarbeit (Streichung der Zuschüsse 525.000 Euro)

Wir beantragen keine vollständige Streichung, sondern eine Reduzierung der Zuschüsse um 50%

Begründung:

Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein zentraler Bestandteil der kommunalen Jugendhilfe im Landkreis Göppingen. Sie bietet jungen Menschen verlässliche Anlaufstellen außerhalb von Schule und Familie, fördert soziales Miteinander, Eigenverantwortung und Integration und trägt wesentlich zur Prävention von sozialen Problemen und Konflikten bei.

Eine drastische Kürzung der Zuschüsse um 50 Prozent hätte gravierende Folgen: Zahlreiche Einrichtungen müssten ihr Angebot stark einschränken oder gar schließen. Dies betreffe vor allem Jugendliche, die in schwierigen Lebenssituationen auf niedrigschwellige, freiwillige Angebote angewiesen sind. Auch die ehrenamtliche Jugendarbeit, die in vielen Gemeinden eine tragende Rolle spielt, würde dadurch erheblich geschwächt.

Die AfD-Kreistagsfraktion erkennt die Notwendigkeit von Haushaltskonsolidierungen an. Angesichts der angespannten Finanzlage ist eine maßvolle Reduzierung der Zuschüsse nachvollziehbar. Daher beantragen wir die Zuschüsse, um lediglich 50% zu reduzieren.

04.November 2025

AfD Kreistagsfraktion Göppingen

**HH-Antrag Nr. 3 - Hälf­tige Streichung der Förderung Richtlinie Kreisjugendring
(Lfd. Nr. 19)**

Antrag:

Wir beantragen eine Fortführung der kompletten, bestehenden Förderung.

Begründung:

Die Förderung nach der Richtlinie des Kreisjugendrings Göppingen stellt seit Jahren ein zentrales Element der Jugendförderung im Landkreis dar. Sie unterstützt die vielfältige Arbeit der Vereine, Verbände und Initiativen, die sich ehrenamtlich und hauptamtlich für Kinder und Jugendliche engagieren. Diese Förderung bildet die Grundlage für zahlreiche Projekte, Freizeitangebote, Bildungsmaßnahmen und Begegnungsmöglichkeiten, die jungen Menschen Orientierung, soziale Bindung und persönliche Entwicklung ermöglichen.

Die von der Verwaltung beantragte Streichung dieser Förderung würde die Strukturen der offenen und verbandlichen Jugendarbeit im Landkreis empfindlich schwächen. Viele Träger wären gezwungen, ihr Angebot stark einzuschränken oder gänzlich einzustellen. Damit gingen wertvolle Freizeit-, Bildungs- und Integrationsangebote verloren, die gerade in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen und wachsender sozialer Spannungen wichtiger denn je sind.

Die AfD-Kreistagsfraktion Göppingen sieht in der Jugendförderung eine nachhaltige Investition in die Zukunft des Landkreises. Sie trägt entscheidend dazu bei, junge Menschen in ihrer Eigenverantwortung, Gemeinschaftsfähigkeit und Heimatverbundenheit zu stärken.

04.November 2025

AfD Kreistagsfraktion Göppingen

HH-Antrag Nr. 4 – Lfd. Nr. 21: (224.700 Euro) Erhalt der Schulbibliothek (BSZ) Göppingen

Antrag:

Der Kreistag möge beschließen:

1. Die geplante Schließung der Schulbibliothek am Beruflichen Schulzentrum (BSZ) Göppingen wird aufgehoben.
2. Die dafür erforderlichen Haushaltsmittel werden im Kreishaushalt bereitgestellt.

Begründung:

Die Schulbibliothek am Beruflichen Schulzentrum Göppingen ist ein wichtiger Bestandteil der Bildungslandschaft im Landkreis. Sie dient nicht nur der Literatur- und Informationsversorgung der Schülerinnen und Schüler, sondern ist auch ein zentraler Lern- und Rückzugsort für eigenständiges Arbeiten, Recherche und Vorbereitung auf Prüfungen.

Gerade im Zeitalter digitaler Medien ist eine gut ausgestattete Bibliothek von hoher Bedeutung, um Medienkompetenz, Lesefähigkeit und eigenständiges Lernen zu fördern. Die Schulbibliothek leistet somit einen wesentlichen Beitrag zur Chancengleichheit und zur Qualität der schulischen Ausbildung.

Eine Schließung würde insbesondere diejenigen Schülerinnen und Schüler treffen, die zu Hause keinen ausreichenden Zugang zu Lernmaterialien, Literatur oder einem ruhigen Lernort haben. Sie wäre zudem ein falsches Signal im Hinblick auf die Bildungsförderung und den Anspruch des Landkreises, bestmögliche Lernbedingungen an seinen Schulen zu schaffen.

Die AfD-Kreistagsfraktion spricht sich daher entschieden für den Erhalt der Schulbibliothek am BSZ Göppingen aus.

04. November 2025

AfD Kreistagsfraktion Göppingen

HH-Antrag Nr. 5 – Lfd. Nr. 16: Gebühren / Bußgeldeinnahmen - Beschaffung eines Enforcement-Trailers (355.000 Euro)

Antrag:

Die AfD Kreistagsfraktion stellt den Antrag, den von der Verwaltung geplanten Enforcement-Trailer nicht zu beschaffen.

Begründung:

Geschwindigkeitsüberwachung an Unfallschwerpunkten oder im Bereich von Schulen und Kindergärten ist ein wichtiger Bestandteil der Verkehrssicherheit, um Unfällen vorzubeugen.

Die AfD-Kreistagsfraktion lehnt die Beschaffung des sogenannten Enforcement-Trailers im Rahmen der Haushaltskonsolidierung ab.

Der Einsatz mobiler Geschwindigkeitsüberwachung dient in erster Linie der Verkehrssicherheit – nicht der Einnahmeerzielung oder Haushaltsstabilisierung.

04.November 2025

AfD Kreistagsfraktion Göttingen

HH-Antrag Nr.6 - Beteiligung am Bundesprogramm „Demokratie Leben“ (Lfd. Nr. 136)

Antrag:

Die Beteiligung des Landkreis Göppingen am Bundesprogramm „Demokratie Leben“ wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt eingestellt.

Begründung:

In Anbetracht der angespannten Haushaltslage und der Notwendigkeit, sämtliche Ausgaben kritisch zu hinterfragen, sind wir der Auffassung, dass die fortlaufende Beteiligung an diesem Programm nicht mehr zu rechtfertigen ist. Mit im Durchschnitt ca. 15.000 Euro Eigenanteil des Landkreis Göppingen und ca. 130.000 Euro im Jahresdurchschnitt an Bundesmitteln geht hier ein erheblicher Teil an Geldern an, zum Teil fragwürdige Projekte. Wir erkennen den Nutzen einiger Projekte, stellen aber das Projekt in seiner Gesamtheit, vor allen Dingen vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltssituation in Frage. 2015 startete das Programm unter der Federführung des Bundesfamilienministeriums mit einem Budget von 40,5 Millionen Euro. Mittlerweile hat sich der Fördertopf mehr als vervierfacht – auf 182 Millionen Euro pro Jahr.

Wo Demokratie drauf steht, ist nicht immer Demokratie drin. Mehrere geförderte Projekte auf Bundesebene stehen unter Extremismusverdacht, dazu kommt, dass die Förderzusagen politisch geprägt sind. Laut Christoph de Vries (CDU) werden die enormen Bedrohungen für unsere Demokratie durch Islamismus, muslimischen Antisemitismus und Linksextremismus von „Demokratie Leben“ weitestgehend ausgeblendet.

Auch Mathias Brodkorb, der ehemalige Finanzminister aus Mecklenburg-Vorpommern (SPD) äußerte sich in der Vergangenheit kritisch zum Bundesprogramm: „Dieses überschreite generell die Kompetenzen des Staates“. Brodkorb so weiter:

„Unser demokratischer Rechtsstaat ist so aufgebaut, dass das Volk der Souverän ist – und eben nicht die Regierung. Das bedeutet, dass die Meinungsbildung von unten nach oben und ohne staatliche Einflussnahme zu erfolgen hat. Mit den geförderten Projekten greift der Staat aber mittelbar in die Meinungsbildung des Volkes ein. Das ist hochproblematisch.“

Das Spektrum von „Demokratie leben!“ repräsentiere nicht die Meinungsvielfalt der ganzen Gesellschaft, sondern habe eine klare politische Schlagseite. Daher stellen auch wir das Projekt in seiner Gesamtheit in Frage und fordern, dass der Landkreis Göppingen sich hier nicht weiter beteiligt.

04.November 2025

AfD Kreistagsfraktion Göppingen

HH-Antrag Nr. 7 - Objektschutz Flüchtlingsunterkünfte optimieren und evaluieren.

Antrag:

Der Kreistag möge beschließen: Die Sicherheitsdienstleistungen an den Flüchtlingsunterkünften werden überprüft und auf Grundlage der vorliegenden Fallzahlen auf das absolut notwendige Minimum reduziert.

Begründung:

Es kann nicht sein, dass wir uns über 5 Mio. Euro im Jahr leisten, auch wenn diese vom Land zurückerstatte, werden.

Sicherheitspersonal nur da, wo die Fallzahlen es rechtfertigen.

Wir fordern einen Bericht wie die Situation bezogen auf die Fallzahlen in den jeweiligen Unterkünften ist und darauf basierend eine Optimierung, bzw. Reduzierung des Personalansatzes des Sicherheitsdienstes.

04.November 2025

AfD Kreistagsfraktion Göppingen

HH-Antrag Nr.8 - Klage gegen den Bund wegen ausstehender Mittel

Antrag:

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Landkreis Göppingen wird beauftragt, rechtliche Schritte zur Durchsetzung der ausstehenden Zahlungsverpflichtungen des Bundes im Zusammenhang mit der Finanzierung der Klinik in Göppingen einzuleiten.
2. Hierzu ist unverzüglich eine rechtliche Prüfung vorzunehmen, in welchem Umfang der Bund seinen Verpflichtungen nach dem geltenden Förderrecht bzw. Finanzierungsabkommen nicht nachgekommen ist.
3. Nach Abschluss dieser Prüfung ist — sofern keine außergerichtliche Einigung erzielt werden kann — eine Klage gegen den Bund auf Zahlung der ausstehenden Mittel einzureichen.
4. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan 2026 bereitzustellen.

Begründung:

Seit mehreren Jahren kommt der Bund seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Mitfinanzierung der Klinik in Göppingen nicht nach. Durch diese anhaltende Nichterfüllung hat sich ein erheblicher Rückstand aufgebaut, der sich mittlerweile auf einen hohen zweistelligen Millionenbetrag beläuft.

Diese Situation führt zu einer massiven finanziellen Belastung des Landkreises sowie der Klinik selbst. Notwendige Investitionen, Instandhaltungen und der laufende Betrieb geraten dadurch zunehmend unter Druck.

Trotz wiederholter Hinweise und Gespräche auf politischer Ebene hat sich an der Zahlungsverweigerung des Bundes nichts geändert. Der Landkreis ist daher im Interesse der kommunalen Haushaltsstabilität, der Daseinsvorsorge und der Gleichbehandlung mit anderen Regionen verpflichtet, rechtliche Schritte zur Durchsetzung der berechtigten Ansprüche einzuleiten.

Die AfD-Kreistagsfraktion sieht hierin einen notwendigen Schritt, um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landkreises zu sichern und die Verantwortung des Bundes für seine Verpflichtungen deutlich zu machen.

04.November 2025

AfD Kreistagsfraktion Göppingen

HH-Antrag Nr. 9 - Chat GPT Ersatzprogramm

Antrag:

Die Verwaltung prüft und berichtet über die Möglichkeiten der Implementierung eines „ChatGPT-Ersatzprogramms“ für die Verwaltung.

Ziel ist die Unterstützung der Mitarbeitenden und Kreisräte bei der Bearbeitung interner Dokumente, bei Recherchen, Textentwürfen, Antrags- und Berichtsvorlagen sowie bei Bürgeranfragen.

Die Verwaltung erarbeitet vorbehaltlich der Prüfungsergebnisse gemeinsam mit einem geeigneten Anbieter ein Konzept, das folgende Punkte berücksichtigt:

Datenschutz und IT-Sicherheit (z. B. Hosting auf europäischen Servern, keine Weitergabe vertraulicher Daten).

Kompatibilität mit bestehenden Verwaltungsprogrammen und Dokumentenmanagementsystemen.

Pilotphase in ausgewählten Fachbereichen mit anschließender Evaluierung.

Schulung der Mitarbeitenden im Umgang mit dem System.

Begründung:

Die Anforderungen an die Kreisverwaltung steigen kontinuierlich: Steigende Fallzahlen, umfangreiche Berichtspflichten, immer komplexere Gesetzesgrundlagen und ein wachsendes Kommunikationsaufkommen mit den Bürgern. Gleichzeitig sehen sich Kommunen mit Fachkräftemangel und Ressourcenknappheit konfrontiert.

Ein KI-gestütztes Sprach- und Assistenzsystem bietet hier eine erhebliche Chance, die Effizienz und Qualität der Verwaltungs- und Gremienarbeit zu verbessern.

Automatisierte Unterstützung: KI kann beim Erstellen von Textentwürfen, Protokollen, der Einhaltung von Fristen, Entscheidungsvorlagen und Bürgerinformationen helfen. Schnellerer Recherche: Rechtliche und organisatorische Informationen lassen sich effizienter aufbereiten.

Bessere Servicequalität: Bürgeranfragen können schneller, konsistenter und verständlicher beantwortet werden.

Entlastung der Mitarbeitenden: Routinetätigkeiten werden reduziert, sodass mehr Zeit für komplexe Aufgaben bleibt.

Mehrere Kommunen und Landkreise in Deutschland und Europa testen bereits erfolgreich KI-gestützte Systeme für die Verwaltung. Erste Ergebnisse zeigen deutliche Zeit- und Kostenersparnisse sowie eine Verbesserung der Mitarbeiterzufriedenheit.

Ein solches System stellt somit einen wichtigen Baustein dar, um die Kreisverwaltung zukunftsfähig, effizient und bürgernah aufzustellen.

04.November 2025

AfD Kreistagsfraktion Göppingen

**HH-Antrag Nr. 10 - Ausgleich der Kosten für die Fehlbeleger durch die Kommunen
(Lfd. Nr. 11 „Ja-Liste“)**

Antrag:

Die AfD Fraktion stellt den Antrag, den von der Verwaltung vorgeschlagenen Konsolidierungsvorschlag (Lfd. Nr. 11) von der „Ja-Liste“ zu nehmen und somit den Kommunen keine Kosten für die Fehlbeleger in Rechnung zu stellen.

Begründung:

Der Landkreis Göppingen setzte in den vergangenen Jahren nach außen immer das Signal „wir nehmen jeden auf, auch wenn wir die Kapazitäten dafür nicht haben“. Daher sind wir der Meinung, nun muss der Landkreis auch die Verantwortung dafür tragen. Ursächlich für die Anzahl der Fehlbeleger ist unter anderem, dass der Landkreis in der Vergangenheit ohne Widerstände über die bestehenden Kapazitäten hinaus Asylbewerber aufgenommen hatte. Den Kommunen, die ohnehin finanziell am absoluten Limit sind, nun dafür eine Rechnung auszustellen, halten wir für falsch und beantragen daher den Konsolidierungsvorschlag von der Liste zu nehmen.

04.November 2025
AfD Kreistagsfraktion Göppingen